



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922**

380 (19.8.1922) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-205024](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-205024)

# Mannheimer General-Anzeiger

## Badische Neueste Nachrichten

Belegpreis: In Mannheim und Umgebung monatlich 1,50 Mk. ...

Anzeigenpreise: Die kleine Zeile ...

Beilagen: Der Sport v. Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetzl. Recht. Mannh. Frauen-Zeitung. Mannh. Musik-Zeitung. Bildung u. Unterhaltung. Feld u. Garten. Wandern u. Reisen.

### Die Verhandlungen der Reparationskommission in Berlin.

Paris, 19. August. Ueber die bevorstehenden Verhandlungen, die in Berlin zwischen der deutschen Regierung und der Delegation der Reparationskommission geführt werden, schreibt der „Petit Parisien“: Bevor die Reparationskommission eine endgültige Entscheidung fällen, wolle sie natürlich volle Kenntnis der Lage erlangen. Man könne sagen, daß die Hauptfrage der Delegation sei, nicht im voraus die allgemeine Diskussion zu kompromittieren, die für den Monat November vorgesehen sei und die das Problem der Reparationen mit dem der alliierten Schulden verbinden soll. Diese Diskussion würde, wenn nicht unmöglich, so doch schwierig, wenn man nicht innerhalb der Reparationen zu einer einstimmig annehmbaren Entscheidung gelange. Die Abreise der Delegation nach Berlin bedeute keineswegs, wie es heiße, die Deutschen in direkter Weise anzuhören. Braburg und Mauciere werden in Deutschland keine einfachen Projektformalitäten erfüllen. Wenn die Reparationskommission es für nötig gefunden habe, die Deutschen anzuhören, so geschehe es, um über die Möglichkeit von Pfändern zu verhandeln. Man könne also sagen, daß die Vertreter der Reparationskommission in Berlin wirkliche Verhandlungen führen wollen.

Der „Matin“ bestätigt diese Meldung, indem er sagt, man wolle die einfache Gewährung des Moratoriums durch eine andere Lösung ersetzen, also Zeit gewinnen dadurch, daß man mit dem Reichszugler und den verantwortlichen Ministern verhandelt. Die Reparationskommission wolle vermeiden, daß sich in der Moratoriumsfrage die Stimmen spalten, da sie in Wirklichkeit zu keiner Lösung führen würde, da 14 Tage später in der Debatte über die Verfehlung sich dasselbe Stimmenverhältnis gegen die französische These wenden würde. Wenn man Deutschland dahin bringen werde, Pfänder anzuschlagen, wäre das ein großer Erfolg für Braburg und man würde hierdurch die wirkliche Debatte bis zur Reparationskonferenz zurückstellen, die zweifelsohne im Monat November stattfinden werde.

Das „Echo de Paris“ bestätigt, daß man in Berlin praktische Pfänder finden wolle, die das Reich geben könne und die die Pfänder ersetzen sollen, die der französische Ministerpräsident mit Beharrlichkeit verlangt habe, nämlich die Pfänder der Gruben und Wälder. Das Blatt spricht von mehreren Plänen, darunter dem bekannten belgischen Plan der Uebermittlung von aus deutschen Großbanken gezogenen Wechseln, von denen der „Matin“ behauptet, die sollten auf dem englischen Markt diskontiert werden, und von der Ueberführung der deutschen Goldreserven nach dem linken Rheinufer. Das Blatt fügt hinzu, es wisse nicht, ob diese Kombinationen Gestalt annehmen werden.

**Ruf Wunsch der deutschen Regierung.**  
London, 19. Aug. Zu der Entsendung Braburgs und Maucieres nach Berlin melden die „Times“ aus Paris: Ein verlässlicher Bericht zufolge, nicht nur bei dem französischen Ministerpräsidenten, sondern auch auf dem Quai d'Orsay. Es werde, den Anschein zu erwecken, als gebe er nach. Der Besuch Braburgs und Maucieres in Berlin erfolge in Uebereinstimmung mit dem ausdrücklichen Wunsch der deutschen Regierung, die in dieser Angelegenheit befragt wurde, sowie der französischen Regierung, die keinerlei Einwände gegen Verhandlungen erhebe, die zum Ziele führen können. Es sei ein offenes Geheimnis, daß präzise Vorschläge über neue Garantien nicht nur von Seiten der Briten, sondern auch von Seiten der französischen Delegierten erfolgt sind.

### England zu den französischen Drohungen.

Berlin, 19. Aug. Nach einer Pariser Drahtung meldet der Korrespondent der Chicago Tribune in London, daß man in englischen politischen Kreisen die Drohung Frankreichs innerhalb 48 Stunden das Ruhrgebiet zu besetzen, wenn Deutschland nicht prompt seine Pfänder für die Gewährung einer Anleihe gebe, nicht allzu ernst nehme. Man erkläre, daß wenn Frankreich einen solchen Schritt unternehmen würde, der Vertrag von Versailles als zerrissen gelten würde.

### Retorsionen und Saargebiet.

Saarbrücken, 19. Aug. Der saarbrückische Wirtschaftskreis hat sich eine große Erregung bemächtigt, die darauf zurückzuführen ist, daß die Forderungen, die französischen Repressalien könnten erheben, eine erhebliche Erhöhung der wirtschaftlichen Lage des Saargebietes mit Deutschland und andererseits mit Belgien herbeiführen, nicht von der Hand zu weisen sind. Diese Befürchtungen haben sich insofern als berechtigt erwiesen, als durch Verleumdungen in Straßburg vom 8. August die Entschlossenheit der liberalen Volkspartei des Saargebietes bekannt wurde. Die liberale Volkspartei des Saargebietes hat in einer Eingabe der Regierungskommission ihre Ansicht dahin geäußert, daß Retorsionsmaßnahmen irgendwelcher Art, die von der liberalen Volkspartei oder irgendeiner anderen Regierung gegen das deutsche Saargebiet ergriffen werden, auf das Saargebiet desahb keine Anwendung finden können, weil die Staatsgewalt über das Saargebiet zwar subjektiv noch dem Deutschen Reich verbleibe, aber objektiv durch den Vertrag von Versailles dem französischen Reich überlassen ist. Damit steht fest, daß Repressalien gegen das Saargebiet, einverleibt, ob sie die Eigenschaften von Saargebiet haben oder nicht, als unzulässig zu betrachten sind.

### Bayern und das Reich.

**Die bayerische Abordnung in Berlin.**  
Berlin, 19. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) Die beiden Bevollmächtigten der bayer. Regierung, Innenminister Schwegler und der bayerische Justizminister Gartner, sind heute vormittag 9 Uhr hier eingetroffen. Um 11 Uhr begaben sich die Herren in Begleitung des bayerischen Gesandten v. Prager zum Reichszugler zu der angekündigten Aussprache über die Vereinbarungen der Reichsregierung mit dem Ministerpräsidenten Verchenfeld.

**Ein Mindestprogramm.**  
München, 19. Aug. Die bayerischen Unterhändler sind, wie die Blätter melden, im Besitz eines sog. Mindestprogramms nach Berlin gefahren, das sich nicht nur auf das sog. Republikahngesetz, sondern auch auf das Reichstriminalpolizeigesetz und das Beamtenengesetz erstreckt. Das Programm enthält die Forderung, daß die Zusicherungen des Berliner Protokolls etwas kräftiger ausgearbeitet werden und staatsrechtliche Bindungen erhalten sollen. Namentlich auch in der Frage des süddeutschen Senats seien manche bayerischen Wünsche nach offen. Man nimmt an, daß die Verhandlungen in Berlin schon in einem Tag ihre Erledigung finden werden, sobald am Montag mit endgültigen Entscheidungen gerechnet werden könnte.

### Ruhige Auffassung der Lage in München.

München, 19. Aug. Die Auffassung der Lage angesichts der neuen bayerischen Verhandlungen mit Berlin ist in parlamentarischen Kreisen durchaus ruhig. Weder bei der Bayerischen Volkspartei unter Führung von Stübdele, noch bei der Deutschen Volkspartei unter Führung von Burger-Ludwigshafen besteht die geringste Konfliktslust, das heißt die Absicht oder auch nur das Bestreben, den Konflikt auf die Spitze zu treiben oder es gar auf einen Bruch mit dem Reich ankommen zu lassen. Ebenso sind alle Gerüchte darüber, daß das Vertrauen dieser Parteien in das Kabinett Verchenfeld erschüttert sei, durchaus falsch. Irrig ist auch, wenn manche Kreise aus der Tatsache, daß der Abg. Dr. Heim die Bepropungen der Führer der Koalitionsparteien anstelle des verhinderten Abg. Held leitete, den Schluß gezogen haben, daß dies ein Hinneigen zu partikularistischen Tendenzen und damit eine Verschärfung der Lage bedeute. Wie das OMB von den Führerbepropungen hört, hat Dr. Heim einen durchaus mäßigen Einfluß geltend gemacht. Die von der Freien Bauernschaft der Pfalz abgegebene Erklärung, die eine Ausdehnung der bayerischen Sonderordnung auf die Pfalz fordert und die im Gegenzug zu der allgemeinsten in der Pfalz herrschenden Auffassung steht, daß ein Konflikt unter allen Umständen vermieden werden müsse, ist von dem parlamentarischen Führer, dem Abg. Münzinger in München, nicht vertreten worden, da der Abgeordnete während der zweitägigen Verhandlungen in München nicht anwesend war. Uebrigens steht hinter der Freien Bauernschaft nur ein Teil der pfälzischen Bauern.

Auch bei keinem einzigen der Minister besteht Konfliktslust. Wenn die Dinge noch einmal eine kritische Wendung genommen haben, so trägt daran nach der allgemeinen Auffassung in Bayern die der Reichsregierung nahestehende Berliner Presse die Hauptschuld, weil sie im Anschluß an das Berliner Protokoll Kommentare veröffentlichte, daß sich die bayerische Regierung vollkommen der Berliner Auffassung untergeordnet habe. Dadurch wurde in Bayern ein Sturm gegen die bayerische Regierung heraufbeschworen und den Deuten, die jede Verhandlung mit Berlin ablehnen und denen es nicht auf Wahrung der bayerischen Hoheitsrechte und Erhaltung des Föderalismus, sondern auf etwas ganz anderes ankommt, unbewußt in die Hände gearbeitet. So wurde den Koalitionsparteien der bayerischen Regierung die endgültige Beilegung des Konfliktes außerordentlich erschwert. Gleichzeitig mußte durch die Berliner Kommentare aber auch die bayerische Regierung und die Koalitionsparteien etwas mittrauisch werden, sobald Ergänzungen und Sicherungen des Berliner Protokolls verlangt werden mußten. An der Reichsregierung ist es sehr, so ist die allgemeine Auffassung in Bayern, die Verhandlungen möglichst bald zu einem beide Teile befriedigenden Abschluß zu bringen.

### Zur Vorgeschichte des Berliner Protokolls.

München, 19. Aug. Die „Münchener Zeitung“ veröffentlicht eine Zuschrift, die interessante Einzelheiten über die Vorgeschichte des Berliner Protokolls enthält. Darnach soll der Reichsjustizminister Dr. Rabbruch bei den seinerzeitigen Verhandlungen mit dem bayerischen Justizminister wiederholt erklärt haben, daß der Staatsgerichtshof völlig inaktiv bleiben müsse. Demgegenüber hat der bayerische Minister Dr. Gartner erklärt, daß bei dieser Starrheit des Reichskabinetts in der Frage des Staatsgerichtshofs jedes andere Entgegenkommen für Bayern unnütz sei, selbst wenn es der Chef der Kommission zugeben sollte. Dieser kritische Augenblick sei von dem Reichspräsidenten mit der Bemerkung unterstrichen worden, daß dadurch eine Verschärfung der Lage eingetreten sei. Die Wendung wurde dadurch herbeigeführt, daß es dem Reichspräsidenten gelungen sei, dem Großen Verchenfeld den Gedanken eines süddeutschen Senats nahe zu bringen und ihn davon zu überzeugen, daß dieser Ausweg die föderalistischen Wünsche Bayerns zu befriedigen imstande sei. Durch eine sofortige Einberufung des Reichskabinetts sei dieser Vorschlag zum Beschluß erhoben und dem bayerischen Justizminister als neue Verhandlungsgrundlage vorgelegt worden. Darauf habe dieser erklärt, daß er nicht in der Lage sei, das Kompromiß anzunehmen, da es unter die Grenzlinie hinabgebe, die ihm durch seine Anstrichung gezogen sei. Der Eindruck, daß das Protokoll ein förmlicher Vertrag sei, sei durch die Unterschrift des Führers der bayerischen Mission unter das Protokoll beaverlich erreicht worden. Der bayerische Justizminister habe über das Abweichen der Berliner Vereinbarungen von den Münchener Instruktionen im Gegenstand hierzu keinen Zweifel gelassen.

### Hamburgs Ueberseewoche.

(Von uns nach Hamburg entsandten Sonderberichterstatter.)  
p. Hamburg, 18. August.

Stärke, im Glauben und in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft Deutschlands wurzelnde Eindrücke vermittelt Hamburgs Uebersee-Woche, die am 17. August eröffnet wurde. Ein imposanter Senatsempfang zur Begrüßung des Reichspräsidenten Ebert bildete den Auftakt, abgehalten im historischen Hamburger Rathaus mit seiner Patrizierpracht. Der derzeitige regierende Bürgermeister Hamburgs Dr. Diestel hat in seiner Begrüßungsansprache, die an die Not der Gegenwart anknüpfte und hanseatische Reichstreue gelobte, auch von den Zielen gesprochen, die Hamburg mit dem ersten Versuch einer Ueberseewoche verfolgte. Er nannte als solche das Festhalten an der Hoffnung trotz düsterster gegenwärtiger Lage, so daß durch Arbeit auch der Weg wieder einmal frei werden müsse, zur Verständigung in Europa, um dann zum Anfang einer Weltwirtschaftsgemeinschaft zu kommen. Arbeit in diesem Sinne zu zeigen und in geistiger Hinsicht zu leisten erstrebe man mit der Ueberseewoche. Aus diesem Grunde habe man nicht den Ausstellungs- oder Messegedanken in den Mittelpunkt der Veranstaltung gestellt, wenn diese auch nicht fehlen sollen, sondern den eines Weltwirtschaftskongresses. Reichspräsident Ebert hat in Anknüpfung hieran betont, wie sehr damit Hamburgs Staatsoberhaupt und Hamburg selbst den psychologischen Moment erfährt habe, der heute das ganze deutsche Volk erfülle. Nicht die Frage sei augenblicklich die wichtigste, was im Einzelnen zu geschehen habe bei der steigenden wirtschaftlichen Not durch außenpolitischen Druck. Wichtiger sei, daß wir in dem Fortschreiten der inneren Gesundung im Reichsgedanken als dem 1. ten Gut, das uns geblieben, eine Kraft uns erhalten, um den langen und mühseligen Weg zu gehen bis zum Siege der Vernunft über Unernunft.

Gleichsam als sollten die Eröffnungsworte im Senatsempfang ein Echo finden, erklang zur Begrüßung des Reichspräsidenten aus vieltausendköpfiger Munde auf dem Rathausplatz das Lied „Deutschland, Deutschland über alles!“ Ein Beweis, daß unsere innere Gesundung fortschreitet, namentlich wenn man im gleichen Augenblick dessen sich erinnert, daß kaum 3 Jahre vergangen sind, seit schwerste Kämpfe auf diesem Hamburger Rathausplatz tobten, deren Spuren nicht mehr völlig aus den Mauern des Rathauses verschwinden.

So war der Auftakt und noch stärker war der Eindruck, den der 1. Tag des Weltwirtschaftskongresses auf die Teilnehmer machte. Hier gab schon Generaldirektor Cuno's (Hamburg-Amerika-Linie) Eröffnungsrede eine Grundlags, auf der man hofft in neuer Form und zäher Arbeit eine langsam reifende Frucht des wahren Wirtschaftsfriedens zu erzielen. Der Weltwirtschaftskongress soll versuchen, unter Heranziehung von führenden Männern der Industrie und namentlich der Wissenschaft aller Länder die großen wirtschaftlichen Probleme zu behandeln, die heute die Weltkrise darstellen. Es soll dies geschehen nicht wie auf einer aus politischer Zweckmäßigkeit zusammenberufenen internationalen Konferenz, deren fatalistische Ergebnislosigkeit offenkundig geworden sei. Es soll vielmehr unter Ausschaltung politischer Momente gepflegt werden, wie die furchtbaren Wirkungen der jahrelangen Zerstörung und dauernder Gegenläufe zu beseitigen sind. Eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens will dieser Kongress vorbereiten und schaffen helfen, damit es gelinge zu einer Verständigung der Völker und Gesundung der Welt zu gelangen. Ein energisches „Dennoch“ und „Trotzallem“ bedeutet daher die Hamburger Ueberseewoche. Ihre Ziele entspringen einem starken Optimismus, der auf Verwirklichung hofft, ehe es zu spät ist.

Von den Reden und Vorträgen des ersten Tages verdienen sowohl der Vortrag von Prof. Wendelsjohn Bartholdy (Hamburger Universität) Beachtung über „Sittliche Kräfte in der Weltwirtschaft“, wie namentlich die Darlegungen von dem amerikanischen Professor John Firman Coar (Kingston), der über „Amerika und der Wiederaufbau Europas“ sprach. Coar hat die letzten Jahre ständig Deutschland besucht und sich speziell mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands befaßt. Folgende Gedanken seiner Ausführungen seien festgehalten. Amerika empfindet den Ruf nach neuer Hilfe in Europa durch Streichung der Schulden und Wiederbeteiligung an europäischer Politik als eine unfeine Mahnung an Pflichten, wobei man die Absicht merke, was verstimme. Auf diesem Wege sei Amerikas Volk und Regierung keinesfalls bereit, nochmals für den „Frieden Europas“ sich einzusetzen, nachdem man aus moralischer Entrüstung heraus 1917 den Krieg durch aktive Teilnahme zu beendigen versucht habe. Hierbei ließ Coar offen, ob sich die moralische Entrüstung, durch aktive Kriegsführung endlich Schluß zu machen im europäischen Ringen und wieder Frieden zu schaffen, nach der richtigen Seite entschlend habe. Außer diesem negativen Bekenntnis zum Fernbleiben amerikanischer Politik und Wirtschaftshilfe gab aber Coar doch auch äußerst wertvolle positive Unterlagen für die Zukunft. Er kennzeichnete die wirtschaftliche Lage Deutschlands nach einer äußerst pessimistischen Seite. Amerika erkenne, daß Deutschland verarme und verelende, weil man seine finanzielle Leistungsfähigkeit gewaltig überschätzt habe. Die Wahrheit von der Verarmung des deutschen Volkes sei so grausam, daß man diese Diagnose dem zu Grunde gehenden deutschen Volke gar nicht sagen dürfte, wenn man nicht zugleich einen Weg angebe, um den Untergang zu vermeiden. Als solchen bezeichnete er eine internationale Konferenz der Großindustrie Europas, die von der amerikanischen Großindustrie einberufen werden sollte.

Eine solche Konferenz der Großindustriellen werde infolge des bei ihnen am weitesten fortgeschrittenen Verständnisses für gemeinsame Zusammenarbeit und Verständigung am ehesten die Hindernisse aus dem Wege räumen können durch ein einmütiges Urteil für die Welt, dem gegenüber schließlich eine Vernichtungspolitik Poincarés überwindbar erscheine. Wirklichen Wirtschaftsfrieden zu stiften, sei Amerika bereit, dazu gehöre aber eine neue Ueberzeugung des amerikanischen Volkes, daß durch Beilegung der Unstimmigkeiten des Versailler Friedens der Boden für Verständigung frei sei. In diesem Sinne betrachte Amerika die Frage des Wiederaufbaus von Europa.

Es bedarf keiner langen Darlegungen, daß diese Gedanken stärkstes Interesse bei allen Teilnehmern fanden. Zagen sie doch, daß in Gruppen des Volkes in Amerika — Coar gehört zu den Anhängern der Industriellen und Finanzleute um Morgan — man das Europaproblem aus einem Gesichtswinkel ansieht, der für Deutschland Rettungsmöglichkeiten einschließt. Inwieweit war gerade der 1. Tag des Kongresses von besonderer Bedeutung, dem sich in der Folge noch der Tag anschließen wird, an dem Regnes über „Deutschlands Reparationspolitik“ sprechen wird.

### Reichsminister Dr. Köster zur Lage.

Berlin, 19. Aug. Die „B. Z.“ meldet aus Hamburg: Am ersten Klubabend des Arbeiterklub Hamburg, der gestern im Hotel Atlantic unter Beteiligung von 800 Mitgliedern sowie des Reichspräsidenten, des Senats und vieler Gäste aus dem Ausland stattfand, sprach Reichsminister des Innern Dr. Köster. Er führte u. a. aus: Es gibt einen unsichtbaren Epporartikel, von dem ich wünsche, daß die Hamburger ihn mit derselben Rührigkeit hinaustragen, mit der sie ihre Waren in alle Welt hinausführen. Das ist die Wahrheit über Deutschland. Wir betteln nicht um Mitleid in der Welt, aber wir wollen, daß die Fremden und Nachbarn endlich erkennen, was bei uns vorgeht und was in Mitteleuropa gespielt wird. So wollen wir durch daselbe Tor, durch das die weltwirtschaftlichen Ideen hinausdringen, die Wahrheit hinausbringen, von denen in der Welt noch immer nichts bekannt ist. Die Wahrheit über den Rechtsbruch, der die Schwarz auf weiß unterschiedenen Punkte bewußt verletzt hat, die Wahrheit ferner über den Spott, der mit dem heiligen Güt der Selbstbestimmung getrieben worden ist, die Wahrheit ferner über den Dilettantismus, in dem man neue Grenzen gezogen hat, gleich wie Kinder im Sand Striche ziehen, die Wahrheit über die schwere Stunde der deutschen Wirtschaft, die Wahrheit über die Parodie, daß man uns Millionen über Millionen abzwängen will, während man uns zwingt, Milliarden über Milliarden in die unproduktiven Kosten der Besatzung im Rheinland hineinzustreuen.

### Provinzialausschuß der Rheinischen Zentrumspartei.

Auf einer heute statt beschlossenen Tagung in Köln sprach der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Senatspräsident Marx über politische Fragen. Von besonderem Interesse sind die Ausführungen über die Entlohnungen im Bergbau und den jüngsten Aufruf der Zentrumspartei. Nach der „Köln. Volksztg.“ erklärte Abg. Marx u. a.:

Einem Wendepunkt der ganzen inneren Politik habe die Ermordung Rathenows bedeutet. Zum verhältnismäßig ruhigen Verlauf der durch sie entstandenen Erregung hätten wohl die scharfen Töne in den Parlamenten und die gewaltigen Demonstrationen, wenigstens in Berlin, beigetragen. Die Ermordung Rathenows habe der Volkswirtschaft über 1 Milliarde A gekostet; denn am Tage des Verbrechens sei eine Einigung fast erzielt gewesen, aber nach der Tat erwies der Druck der Linken eine erhebliche Herabsetzung des Getreidepreises. Infolge des politischen Worts sei weiter ein engeres Zusammenarbeiten der Mehrheitssozialisten mit der RSP eingetreten. Eine weitere Folge seien die schon früher erwähnten, aber jetzt sofort aufgenommenen Bestrebungen nach einer Arbeitsgemeinschaft der Zentrumspartei mit den Demokraten und der Deutschen Volkspartei. Eine solche Arbeitsgemeinschaft dürfe keinesfalls als „Bürgerbund“ bezeichnet werden. Nichts Trichtereres gäbe es, denn hierdurch würde unser Volk in zwei Teile zerfallen, die sich einander auf das schärfste bekämpfen würden. Wenn im Herbst die Vereinigung der RSP mit den Mehrheitssozialisten zustande käme, so würde man einer sozialistischen Front von 180 Mitgliedern gegenübersehen. Bei der Arbeitsgemeinschaft der Zentrumspartei mit den Demokraten

und der Deutschen Volkspartei könne keine Rede davon sein, daß eine der beteiligten Parteien ihre Grundfragen aufgäbe, um allenfalls das Zentrum. Mit tiefem Bedauern müsse er sagen, daß eine Partei wie das Zentrum trotz ihrer hervorragenden Verdienste in einzelnen Wählerkreisen mitunter so überaus wenig Vertrauen finde. Das sei um so tiefer zu beklagen, als die Gegner die Fraktion immer wieder ob der treuen Gefolgschaft der Wähler beneideten. Berechtigt Grund zu Mißtrauen gäbe es in keiner Weise. Dieses Mißtrauen beruhe auch keineswegs auf Tatsachen sondern auf allgemeinen Stimmungen. Die Zentrumspartei schenkte leider allzuoft den Einflüssen anderer Parteien mehr Gehör als der eigenen Partei. (Sehr richtig!)

Die Arbeitsgemeinschaft des Zentrums mit den Demokraten und der Deutschen Volkspartei ziehe, wie führende Sozialdemokraten von selbst zugegeben hätten, die Koalition nicht in Zweifel. Eine Verständigung nach rechts und links würde der Regierung vielmehr endlich eine feste Mehrheit bieten. Die Besprechungen der Fraktionen wegen der Arbeitsgemeinschaft sollten demnächst im Reichstags Anhang Minister wieder aufgenommen werden.

Dann besprach Präsident Marx den jüngsten Aufruf der Zentrumspartei. Er ging im einzelnen auf die im Reichsparteiausschuß behandelten Fragen, insbesondere auf die Entlohnung des Ruhrkohle ein. Wenn in der gegenwärtigen Perle angenommen werde, daß das Zentrum nur auf freisinnige Protestanten rechnen wolle, dann aber auch die konfessionelle Schule aufgeben müsse, so könnte er dies als vollständig widersinnig und ausgeschlossen ablehnen. Das Zentrum würde niemals seine Grundfrage, so wie sie sich jetzt im Zentrumprogramm formuliert worden seien, aufgeben. Jetzt möchte er sich gegen den ganz absurden Vorwurf, als wolle die Zentrumspartei in der Schulfrage nicht am § 148, Abs. 2 festhalten. Es unterliege gar keinem Zweifel, daß die Fraktion bei dem § 148, 2 nicht um Haarsbreite nachgeben werde. Er bedeute die allerhöchste Grenze für Fraktion und Partei bei der kommenden Beratung des Reichsgesetzes. (Beifallige Zustimmung.)

Der Korreferent Abg. Jons trat in seinen Ausführungen mit Nachdruck dem Gerücht entgegen, als ob man der Haltung des Reichsausschusses in jenen Tagen nicht so ganz sicher gewesen sei, als ob dieser unter der Hand mit den Unabhängigen verhandelt habe. Dr. Köster sei vielmehr ehehin demüthigt gewesen, nicht zu weit zu gehen und sich auch keineswegs nach links drängen zu lassen. Die Reichstagsfraktion habe auch keinerlei Zweifel über die Unmöglichkeit einer einseitigen Erweiterung der Regierung nach links gehabt. Das habe auch genügt, bis dann der Gedanke der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft aufleuchte. Sie sei in der Presse zwar vorab als rein antipolitische oder gar antipolitische Sache verächtlich worden. Der Gedanke würde indessen bei den Linken erwidert und mächtig. Die Antipolitiker der Linken waren nicht ganz unbefangene Leute. Die Verleumdung aus der Linken ein, dann würde andererseits aber die Fraktion der Unabhängigen, die sonst nur ablehnten und kritisierten, zur verantwortlichen Mitarbeit herangezogen, sie würden dem eheinen Gesetz des politischen Schaffens unterstellt.

Zur besonderen Lage des Rheinlandes wurde nachstehende Entschiedenheit angenommen:

Der Provinzialausschuß der Rheinischen Zentrumspartei spricht dem Herrn Reichsanwalt lebhaften Dank aus für die Entschiedenheit, womit er den Verleumdungen von angeblich beschlissenen Zugeständnissen der Reichsregierung hinsichtlich der politischen Zukunft des Rheinlandes entgegengetreten ist. Er vertritt auf schärfste die unverantwortliche Forderung der ausländischen öffentlichen Meinung durch einen Teil der Auslandspresse, der den völlig falschen Eindruck zu erwecken sucht, als ob die Treubereiten der Rheinischen Landesregierung irgendwo durch den Willen des rheinischen Volkes gedeckt wären. Er stellt bei dem schon auf dem letzten Rheinischen Parteitag im Januar 1921 gefaßten Entschluß, eine Veränderung der politischen Verhältnisse des Rheinlandes, solange das Rheinland besetzt ist und Deutschland nicht seine volle Handlungsfreiheit zurückgewonnen hat, unter keinen Umständen zuzulassen.

### Von der „Ehrhardt-Großbank“.

Berlin, 18. Aug. (Von uns. Berl. Büro.) Ueber das Vorleben des Münchener Direktors der Ehrhardt-Großbank Schäfer bringt die unabhängige „Freiheit“ heute noch einen Nachtrag. Schäfer hat darnach die ihm von den schweizerischen Gerichten zubillerte Zuchthausstrafe nicht abgelesen. Es war ihm damals gelungen, Geisler zur Kautionstellung aufzufordern, woraufhin er flüchtig wurde. Im Januar 1921 kam er nach Deutschland und gründete drei Unternehmungen, mußte sich aber bald aus dem Staube machen, da ihm der Boden unter den Füßen zu heiß wurde. Im März 1921 war er in Wien und bekam hier Verbindung mit der ungarischen Regierung, von der er sogar einen diplomatischen Pah erhielt. Schäfer verhandelte mit der ungarischen Regierung, worauf er drei Millionen Kronen zur Verfügung gestellt bekam. In dem

Episole schreibt er: „Ich bin Monarchist vom Scheitel bis zur Sohle und habe das in den letzten 7 Jahren in Wort und Schrift bewiesen. Dann entwickelte er seine Idee: Er will am Beispiel Ungarns den besiegten Völkern zeigen, welchen Weg sie zur Aufrüstung gehen müssen. Zu diesem Zweck erbietet er sich, einen internationalen Pressedienst einzurichten, sowie die bekannte „Weltzeitung“ zur Hebung der ungarischen Krone zu gründen.“

München, 19. Aug. Die „Münch. Post“ veröffentlicht heute eine Reihe von Briefen, der Leiters der angeblich mit Oberstall Verbindung stehenden ungarischen Freiwil. U. G. Ernst Schäfer, aus denen hervorgeht, daß dieser mit ungarischen Kreisen insbesondere mit dem früheren Budapest Polizeipräsidenten in engster Verbindung gestanden hat. Das gleiche Blatt stellt in dieser Zusammenhang mit, daß Schäfer ein gebürtiger Wiener gewesen ist, der bereits vom Kriminalgericht des Reichs in Wien in der Schweiz wegen Betrugs zu einem Jahr Zuchthaus und 15 Jahren Bundesverweisung im Jahre 1921 verurteilt wurde.

### Deutsches Reich.

#### Das neue Strafgesetzbuch.

Berlin, 19. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) Der Entwurf des neuen Strafgesetzbuches wird nach innerhalb des laufenden Monats fertiggestellt werden. Gegenüber dem vor der Revolution entworfenen neuen Strafgesetzbuch weist die neue Vorlage weitgehende und grundlegende Verschiedenheiten auf. Der Entwurf soll sobald nach Fertigstellung veröffentlicht werden. Bereits dem Reichsrat zugegangen ist der Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Strafgerichtsbarkeit.

Die Morgenblätter veröffentlichten Einzelheiten aus dem Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Strafgerichtsbarkeit. Der bereits dem Reichsrat zugegangenen ist die Neuordnung der Reichsgerichte. In Zukunft in allen Strafgerichten in erster Instanz und in der Berufungsinstanz sollen entscheiden oder mitentscheiden. In der ersten Instanz entscheiden künftig „Schöffengerichte“, „Große Schöffengerichte“ und „Schwurgerichte“. Das Schöffengericht besteht mit einem Vorsitzenden Richter und zwei Laien, hat im wesentlichen die Zuständigkeit der bisherigen Schöffengerichte. Das große Schöffengericht (1 Amtsrichter und 3 Schöffen) hat die Zuständigkeit der bisherigen Strafkammern. Das Schwurgericht vor den beiden Arten von Schöffengerichten ist das gleiche. Die Berufung gegen die Urteile der Schöffengerichte geht an die Strafkammer die mit 2 beamteten Richtern und 3 Schöffen, also ebenso wie das große Schöffengericht besteht ist. Das Schwurgericht besteht der Instanz bei. Die Verurteilten werden demselben entzogen. Der Gegenentwurf befaßt sich ferner mit der Gerichtsverfassung und der Strafprozessordnung. Der vermehrte Bedarf an Richtern wird teilweise durch Heranziehung der Frauen zum Schießen und Beschworenenentwurf gedeckt werden. Der Entwurf des neuen Strafgesetzbuches wird nach innerhalb des laufenden Monats fertiggestellt werden.

### England und Rußland.

London, 18. Aug. Aus Moskau wird berichtet: Der Führer der britischen Handelsmission in Moskau Hodgson übermittelte dem Sowjetkommisär für auswärtige Angelegenheiten eine Note, die von der Sowjetregierung veröffentlicht wurde.

In der Note wird erinnert, daß Altinow am 18. Juli auf der Haager Konferenz das Anerkennen machte, er werde, wenn die russische Regierung den Vorschlag an ihre Regierungen zuzulassen würde, nachstehende zwei Fragen an die russische Regierung übermitteln:

1. ob die russische Regierung ihre und ihrer Vorgänger Schuld an ausländischen Interventionen anerkennen werde;
2. ob die russische Regierung sich bereit erklären werde, den Ausländern für ihr von der russischen Regierung nationalisierten Eigentum ausreichende Kompensationen zu gewähren.

Die britische Note befaßt weiter, die britische Regierung wünsche zu wissen, ob das Angebot Altinows sich nicht nur auf das eigentliche Rußland, sondern auch auf die Ukraine und die anderen verbündeten Republiken des Nordens beziehe. Hodgson bietet um baldige Antwort, damit er sie nach London weitergeben könne.

Der Sowjetkommisär für auswärtige Angelegenheiten Kolchak erwiderte: In anbezug der endgültigen Ablehnung des Vorschlages Altinows durch die nicht-russischen Delegierten im Haag sei die russische Regierung gezwungen gewesen, den Vorschlag nicht zu befreunden zu betrachten. Der Kommissar fügte hinzu, die Natur der Vollmachten der russischen Delegation in Genau und Haag bedeute eine Zustimmung der Antwort auf die Frage der britischen Vertreter, da die Delegation ermächtigt gewesen sei, für Rußland zu sprechen.

## Die blaue Flamme.

Roman von Heinz Welken.

(Nachdruck verboten.)  
Copyright 1921 by Verlag von Rich. Bong, Berlin.  
(Fortsetzung.)

„Herr Geheimrat wünschen, daß der Zug nicht abfährt?“  
„Er darf nicht abfahren. Er darf nicht. Ein furcht...“  
„Ganz recht. Ein großes Unglück steht dem Zuge bevor.“  
Der Zugführer ist völlig im Bilde.  
„Und darf ich fragen, woher Herr Geheimrat das wissen?“  
Johannes glüht ihn an. Doch der Zugführer enthebt ihn der Mühe. Er will gar keine Antwort. Auch so weiß er Bescheid, vollkommen Bescheid. Mit solchen Augen wie die, mit denen ihn der Geheimrat eben anstarrte, blüht kein gesunder Mensch, wenigstens nicht, wenn er nicht in den Augen der Geheimrat überarbeitet. Man weiß ja, wie er sich den ganzen Tag über abhebt. Und heute kommt noch die Hitze dazu. Vielleicht hat der Herr ein Glas Wein getrunken. Verdanken kann man es ihm nicht.

Oh, der Zugführer Rauchel ist völlig im Bilde. Man braucht kein Arzt zu sein, um sich in solchen Dingen auszukennen.  
„Freilich, freilich! Wenn Herr Geheimrat nicht wollen, fährt der Zug nicht ab. Vielleicht gehen Herr Geheimrat so lange ins Stationsbüro. Dort soll alles Weiters veranlaßt werden.“

Als Johannes den Bahnsteig überquert hat und die Tür zum Stationsbüro öffnet, fährt der Zug aus der Halle. Er wendet sich um, er sieht die letzten Wagen noch in der Kurve und blickt auf den neben ihm stehenden Stationsbeamten, der auf einen Wink des Vorstehers ihn beglückwünscht hat.  
„Allo hoch!“

Und dann mit letzter Anstrengung:  
„Hoffen Sie mir einen Wagen holen! Ich will nach Haus.“  
Nur, der er war! Weiß er noch nicht, daß es mit der blauen Flamme kein Passieren gibt? Wenn sie zehnet, der ist ihr verfallen. Und er hat die Gesichtszüge retten wollen? Narr, der er ist!

Eine Stunde später läuft die Kunde von einem furchtbaren Eisenbahnunglück durch die Stadt. Der Mittagszug ist verunglückt. Bald, nachdem er die Stadt verlassen hat, ist es geschehen. Er ist auf der großen Brücke, die unterhalb des Wehres den Fluß überquert, aus den Schienen gesprungen, hat das Geländer überquert und ist in den Fluß gestürzt. Die Lokomotive und drei Wagen liegen im Wasser, der Gepäckwagen und zwei Personenwagen. Dann ist die Kuppelung gerissen, sonst wäre das Unglück noch größer geworden. Sechs Menschenleben sind zu beklagen, ein Postbeamter, der Lokomotivführer und vier Passagiere. In der Ausbildung ihres

Dienstes bis zum letzten Augenblick haben die pflichttreuen Beamten den Tod gefunden. Vielleicht hätten sie sich durch einen kühnen Sprung noch retten können. Aber sie blieben auf ihrem Posten und gingen in den Tod.

Der Zug war mit großer Verspätung abgefahren. Wunderliche Gerüchte kursieren über die Ursache dieser Verspätung. Der Geheimrat hoffentlich soll damit in Verbindung stehen. Doch die Beamten, die darum wissen, sind durch das Dienstgeheimnis gebunden und dürfen neugierigen Fremden keine Auskunft geben. Die Untersuchung wird, wie über alles andere, auch hierüber Klarheit schaffen.

Im Wartezimmer des Justizrats Weggeln sitzt Konsul Rau. Viele Klienten sind vor ihm gemeldet, und er muß lange warten, bis er an die Reihe kommt. Aber die Wartezeit verdringt ihn nicht. Er muß noch einmal überlegen, was er dem Justizrat sagen wird. Er muß seine Worte gut legen, damit der Justizrat sie ihm glauben kann. Auf einen Zufall will er es nicht hinausspielen, daß er gestern im nämlichen Zuge gefahren ist, in dem Frau Weggeln verunglückte. Es ist glaubwürdiger, wenn er sagt, daß sie sich verabschiedet haben.

Endlich wird er ins Sprechzimmer gerufen. Der Justizrat sitzt an seinem Schreibtisch. Er ist sehr kurzatmig, so daß er nicht einmal die ihm entgegengetretene Hand hebt.

„Guten Abend, Herr Justizrat, mein aufrichtiges Beileid“, murmelt der Konsul.

Der Justizrat fordert ihn mit einer Handbewegung auf, Platz zu nehmen.

„So ist ein furchtbares Unglück“, beginnt der Konsul, „furchtbar auch für mich. Denn ich bin mitschuldig an ihrem Tode.“

„Ich weiß es“, sagt Justizrat Weggeln.

„Als ich vom Amtsgericht kam“, fährt Erich Rau fort, „in einer Stimmung, von der Sie sich schwer einen Begriff machen können, traf ich Ihre Frau auf dem Marktplatz. Wir wechselten ein paar Worte. Ich sagte ihr, daß ich mit dem Mittagszug in die Residenz fahren müsse. Sie wollte am Nachmittag nach Wilsberg fahren, aber Sie änderten Ihren Plan und erklärte, mit mir fahren zu wollen, damit ich Gesellschaft hätte. Sie sah mir wohl an, wie not mir die Abfertigung tat.“

„Was wollte Marianne in Wilsberg?“

„Wenn ich nicht irre, sprach sie davon, daß sie Obst kaufen wolle. Sie sagte, daß sie schon seit Jahren immer nach Wilsberg fahre, um Obst zu kaufen. Sie werden von solchen häuslichen Angelegenheiten wohl kaum etwas wissen.“

Er sieht den Justizrat an, auf eine Entgegnung wartend. Doch der Justizrat sagt kein Wort. Er steht jetzt am Fenster, hat die Arme gekreuzt und schaut ihn an.

„So wollte sie auch gestern Nachmittag hinausfahren und nur meinetwegen ist sie mit dem Mittagszug gefahren, weil sie mir ein

Stück Weges Gesellschaft leisten wollte. Sie mußte, daß sie mir das mit einer Waise erlies. Sie war ein sehr guter Mensch.“

Er mocht abwartend eine Pause. Der Justizrat schweigt noch immer.

„So ist ihre Witte mitschuldig an ihrem Tode geworden. Denn wenn Sie, wie sie ursprünglich wollte, mit dem Nachmittagszug gefahren wäre, dann würde sie jetzt noch unter uns. Es ist furchtbar.“

„Warum stür Marianne trotz der Verabredung in einen anderen Abteil?“

Die Worte des Justizrats klingen kurz und abgehackt.  
„Weil ich mich verspätet hatte. Ich kam erst kurz vor Abgang des Wagens. Sie war schon eingestiegen. Erst später, als alles fertig war, als die Fahrpläne aus den hinteren Wagen nach vorn führten, um zu retten, was noch zu retten war, erst da sah ich sie wieder. Doch da war es zu spät.“

Er ist aufgestanden und vor den Justizrat getreten. Ihn nachmals die Hand hinhalten.

„Mein tiefes, aufrichtiges Beileid! Sie haben eine gute, treffliche Frau an ihr verloren.“

Der Justizrat steht lange auf die Hand, ohne sie zu ergreifen. Er hält die Arme noch immer über der Brust verschlossen. Dann sagt er langsam:

„Und Sie eine gute, treffliche Gelsiebte, Herr Konsul Rau.“

Erich Rau tritt einen Schritt zurück. Er hat bei den letzten Worten die Augen gefenkt. Jetzt schaut er auf. Er blickt in die kalten, harten Gesicht, in dem kein Muskel sich bewegt. Auch die Augen sind kalt und leer.

Er läßt die noch immer erhobene Hand fallen. Er weiß jetzt, daß er nichts ablehnen, nichts verteidigen kann.

Die kalten Augen, die auf ihm liegen, sagen ihm, daß jedes Wort überflüssig ist. Dieser Mann hat längst alles gemerkt.

(Fortsetzung folgt.)

### Unser neuer Roman

wird manchem unserer Leser die langgewohnte Sommerreise in das Hochgebirge ersetzen. In träumerischer Majestät entrollt sich das herrlichste Alpenpanorama der Schweiz in dem Roman

## Jungfrau Königin

von Erwin Rosen.

Der Verfasser gestaltet mit kundiger Hand ein tropisches Märchenbild. Siegerin oder bleibt die hohe, reine Natur in unerschütterlicher Grobherzigkeit, die uns Vergessende zu sich rumpelt und uns Ruhelosigkeit mit heiligem Frieden segnet.

# Sachausstellung für das Schuhgewerbe Mannheim 1922.

## Eröffnungsfeste.

Heute vormittag 10 1/2 Uhr wurde in Anwesenheit von Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden, unter anderem des Reichsregierungs-Rat Steiner vom hiesigen Bezirksamt und Regierungsrat Dietrich vom badischen Ministerium des Innern, im Aelungensaal des Rosengartens die Sachausstellung für das Schuhmachergewerbe eröffnet, die hier anlässlich des 17. ordentlichen Verbandstages des Bundes deutscher Schuhmachervereinigungen veranstaltet wird. Mit der Eröffnung der Ausstellung wurde die hiesige Schuhmachergewerbe-Verbandsversammlung eröffnet, die hier anlässlich des 17. ordentlichen Verbandstages des Bundes deutscher Schuhmachervereinigungen veranstaltet wird. Mit der Eröffnung der Ausstellung wurde die hiesige Schuhmachergewerbe-Verbandsversammlung eröffnet, die hier anlässlich des 17. ordentlichen Verbandstages des Bundes deutscher Schuhmachervereinigungen veranstaltet wird.

## Begrüßungsansprache.

Meine Damen und Herren! Im Namen der Schuhmachergewerbe-Verbandsversammlung Mannheim heiße ich Sie alle, die Sie heute zur Feier der Eröffnung der Sachausstellung des Bundes deutscher Schuhmachervereinigungen erschienen sind, herzlich willkommen. Es ist für die Versammlung eine besondere Ehre und Freude, die Herren Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden begrüßen zu können. Ist doch die Anwesenheit ein Zeichen, daß die Behörden Interesse für diese Veranstaltung zeigen, und damit auch ihren Willen, Handel und Gewerbe zu fördern, bekunden. Ich begrüße ferner mit Freuden die Vertreter des Handwerks, des Handels und der Industrie und nicht zuletzt die Vertreter der Presse, auf deren Mitarbeit wir bei der Ausübung unseres Zieles mehr denn je angewiesen sind. Ganz besonderer Dank gebührt dem badischen Ministerium des Innern, der Stadtgemeinde, der Handwerkskammer und den Firmen, die die Ausstellung ermöglicht haben. Es ist ein Beweis des ungetrübten Kraftwillens des deutschen Gewerbes, daß in diesem Jahre, in einer Zeit der schwersten politischen und wirtschaftlichen Erschütterungen in verschiedenen deutschen Städten Ausstellungen veranstaltet worden sind. Der Bund deutscher Schuhmachervereinigungen, dessen Verbandstag gegenwärtig in den Mauern unserer Vaterstadt stattfindet, hat sich auch durch die in den letzten Tagen einsetzende Verwirklichung unserer Wahrung nicht davon ablassen lassen, bei seiner Tagung ein Zeugnis des Könnens des Schuhmachergewerbes und der verbundenen Gewerbe, durch Veranstaltung einer Sachausstellung abzugeben.

Man hat von verschiedenen Seiten oft versucht, das Handwerk in einen Gegenstand zur Industrie zu bringen und vom Verschwinden des Handwerks zu reden, doch doch Ansichten zu verbreiten, die das Handwerk herabzusetzen geeignet sind. Im Laufe der Jahre hat infolge der Einführung der Groß- und Kleinmaschinen in allen Gewerben sich die Aufstellung verbreitet, die selbst von unverantwortlichen Schriftstellern nachgezogen worden ist, daß die Maschinen den Mann des Handwerks bedeuten. Die Erfahrungen haben aber gezeigt, daß das Handwerk trotz der Maschinen von seiner Bedeutung nichts verloren hat, sondern sich durchzusetzen versteht und gerade in letzter Zeit wieder beachtenswerte Erfolge und Fortschritte aufzuweisen hat.

Die heutige Ausstellung ist auch ein Beweis, daß das Handwerk leistungsfähiger leisten kann. Man braucht nur auf die ausgeübten Arbeiten der Orthopädie-Schuhmacher zu verweisen, die durch die große Arbeit der Kriegsveteranen eine außerordentlich wichtige Aufgabe zu erfüllen haben. Mehr als je brauchen wir jetzt das Beste aus dem Handwerk für Leistung und Materialwert, weil die Vorbereitung nach Qualität, die das Wirtschaftsgeld der Zeit nach dem Wert der Dinge bestimmt, nur dann zu erfüllen ist, wenn das Können unseres Volkes erhalten und ausgebildet wird. Hierzu ist ganz besonders das Forschungsinstitut für rationelle Vorgehensführung im Handwerk berufen. Es ist während des Krieges und in der Nachkriegszeit vielen gelungen, ohne Können durch Anwendung günstiger Gelegenheiten sich ein Vermögen zu erwerben, welches auch auf unläuterer Weise. Diese Art des Erwerbs

läßt und darf das Ideal des deutschen Volkes in der heutigen schweren Zeit nicht sein. Auf die Dauer kann nicht Reichtum und politische Macht entscheiden, sondern, wie Walter Rathenau vor einem Jahre auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie ausgeführt hat, stilles Können, stilles Willen und ideeller Wert. Wenn aller Besitz unsicher wird, bleibt doch immer das, was einer gelernt hat, und auszuüben versteht. Ich hoffe, daß die Ausstellung des Bundes deutscher Schuhmachervereinigungen den in diesen Gedanken niedergelegten Zweck erfüllt. In diesem Sinne eröffne ich die Ausstellung und übergebe sie im Namen der hiesigen Schuhmachervereinigung dem Bundes deutscher Schuhmachervereinigungen.

Namens des Vorstandes des Bundes Deutscher Schuhmachervereinigungen übernahm Präsident Pöschel die Ausstellung mit Worten des Dankes in Obhut des Bundes, dem Wunsch Ausdruck gebend, daß sie von allseitigem Erfolg für alle Aussteller und Besucher begleitet sein möge.

Im Anschluß an die Feier fand ein Rundgang durch die Ausstellung statt.

## Ein Rundgang durch die Ausstellung.

In dem weiten Saal herrscht noch überall einiges Getriebe. Überall hulaufen Menschen umher, von Tisch zu Tisch, oder lassen die Hände noch geschäftig ordnend über die unzähligen Herrlichkeiten schweifen, die hier vor den Augen des Besuchers ausgebreitet sind. Von den Wänden und Decken hängen grellfarbige Pappstiefel herunter, die uns mit feinen Fingerringen das beste und haltbarste Schuhwerk, die neuesten Schuhpflegeartikel und verschiedene rationell arbeitende Schuhmaschinen entgegenführen. Schuhcreme, auf gut deutsch Wische genannt, ist im zahlreichsten vertreten. Gegen 30 Stände prangen in den helllichten Farben und bunten mannigfachen leberne Wohligkeit aus. Mit viel Geschick sind all diese Schachteln und Schachteln, Tuben und Flaschen aufgestellt. Große Auswahl bietet uns auch die Abteilung Gummivaritäten, Gummistiefeln und Gummihandschuhe.

An anderer Stelle sind herrliche Leder ausgebreitet, die die eigenen Schuhe beschönigen über dieser Weichheit, dieser wunderbaren Schmuckart und dem schillernden Glanz. Hier finden wir alles, was das Gewerbe benötigt: Kindleder, Spalt- und Kindbrog, Boden- und Oberleder und Treibriemen, Arbeits-, Strich- und Touristenstiefel, rahmengenähete Schuhe für Damen und Herren in den verschiedensten Ausführungen, Turnschuhe, Bahnschuhe und Sandalen, Gesundheitsstiefel, orthopädische Rohstiefel, Sportschuhe, Modellschuhe und Luxuschuhe, Filzschuhenstiefel, Hauschuhe und Wollschuhe, Jagd-, Ski- und Bergschuhe in aller Auswahl und wie sie das Herz begehrt, klein und groß, breit und schmal. An anderen Ständen sehen wir Klebstoffe, aller Art Ausputzpräparate und Schuhputzmittel, Zemente, Polituren, Retallputz, Bohnerwachs und Ofenputz, Schweißmittel, Luchtscher, Schuhmachereisen, Borax, Wachs und Leime, Bärenleder, Ausbaltstoffe, Kappenstiele und Lederfelle, Schnürriemen und Halbschuhbänder, Zwirne, Plattschneidemaschinen, Herrenschnürer, Schwammgummistiefeln, Einlegesohlen, Ballenschoner und Keilten. Zahlreich sind auch Firmen mit Schuhmachermaschinen vertreten. So sind ausgestellt verschiedene Schuhmaschinen und Nähmaschinen, Sohlen-nagelmaschinen, aller Art Schuhmacherwerkzeuge, Holz-nagelmaschinen, Schuhtreibpressen, Schuhspannmaschinen, Fräs- und Vollformmaschinen und kombinierte Fräs- und Ausputzmaschinen.

Auf dem Podium sind die Ratschuhwaren ausgelegt, die an der Preisloosung teilnehmen. Die Mitte desselben nimmt ein kleiner Pavillon ein mit den Ratschuhwaren der Mannheimer Innung. Die nicht am Wettbewerb beteiligten sind die Gruppe orthopädischer Schuhwaren, welche sich hier an Gang im Hintergrund hat man noch Raum für eine kleine Ausstellung des Instituts für rationelle Vorgehensführung, die allen Weisern des Handwerks danksprechend angeben dürfte. Etwas müde ist es an, daß gerade das Mannheimer Handwerk sich recht zahlreich an der Ausstellung beteiligt hat und mit mancher guten Qualitätsarbeit vertreten ist, wie denn vor allem auf diese letzte Eigenschaft bei dem Aufbau der ganzen Ausstellung der größte Wert gelegt ist. J. G.

## Wirtschaftliche Fragen.

### Einfuhr italienischer Weine.

Auf Grund eines Wirtschaftsabkommens mit Italien dürfen im Laufe der nächsten Monate bestimmte Mengen von Rot-, Sekt- und Weinsorten nach Deutschland eingeführt werden. Die Verteilung der eingeführten Weine liegt wieder in den Händen der Weinhandels-gesellschaften, an die die Anträge der Weinhändler unter Bezeichnung der gewünschten Sorten zu richten sind. In erster Linie werden die kontingentberechtigten Firmen berücksichtigt, doch sollen auch in gewissem Umfange im Inlande ansässige Firmen, die nicht über ein Kontingent verfügen, bei der Verteilung zugelassen werden, sofern sie den Nachweis über ihre Zulassung zum Handel mit Wein der Weinhandelsgesellschaft einreichen. Die Einfuhr der Weine erfolgt in drei Raten, deren erste am 31. Oktober d. J. erledigt sein muß. Anmeldungen zu dieser Verteilung müßten bis zum 15. August d. J. erfolgt sein. Die zweite Rate wird in der Zeit vom 1. September bis 30. November und die dritte Rate vom 1. Dezember 1922 bis zum 28. Februar 1923 eingeführt werden. Der Termin der letzten Rate ist insofern nicht sehr günstig gewählt, da wegen der Frostgefahr die Wintermonate zum Weintransport die aller ungeeignetsten sind. Man hofft in Weinhändlerkreisen, daß die Einfuhr der letzten Rate bis zum Frühjahr 1923 verschoben wird.

### Der Ausverkauf im besetzten Gebiet.

ORB. Mainz, 18. Aug. Der Andrang der kauftüchtigen Ausländer in den hiesigen Geschäften hat in den letzten Tagen derartige Formen angenommen, daß die Firmen dem Verkauf nicht mehr gewachsen sind. Zahlreiche Geschäfte sind dazu übergegangen, nur stundenweise die Läden offenzuhalten, um die Lager auszuräumen und in Ordnung zu bringen zu können. Besonders stark sind die Juweliers beschäftigt und viele haben sich — um dem drohenden Verfall zu entgehen — entschlossen, ihre Geschäfte ganz zu schließen. Mit der Nachfrage steigt naturgemäß auch der Preis und so steigt denn die Teuerungswelle in den letzten Tagen derart sprunghaft, daß die kleinen Lohn- und Gehaltsempfänger an größere Einkünfte überhaupt nicht denken können und froh sind, wenn ihr Einkommen zur Bestreitung des laien Lebensunterhaltes ausreicht.

## Städtische Nachrichten.

### Gedenktage der Woche.

- 19. 1808. Ludwig Büchner \*
- 20. 1839. Diph \*
- 1850. Balzac \*
- 21. 1835. Lope de Vega \*
- 1838. Chamisso \*
- 22. 1850. Lenau \*
- 24. 1837. Wilbrandt \*
- 1858. Feil \* \*
- 25. 1744. Herder \*
- 1840. Immermann \*
- 1900. Nietzsche \*

### Die Fremden- und Ausländerbestimmung in Mannheim.

Die Handelskammer für den Kreis Mannheim hatte an den Herrn Oberbürgermeister der Stadt Mannheim in der Frage der Fremden- und Ausländer-Bestimmung ein interessantes Schreiben gerichtet, worin sie sich der Unterlegen bediente, die ihr von Herrn Rudolf Wirth, Union-Hotel in Mannheim, geliefert waren. Wir geben, so dementsprechend, das Schreiben im originalen Wortlaut aus zwei Gründen wieder. Einmal legen wir überhaupt großen Wert darauf, über alle Schritte der Handelskammer zu berichten, die mit dem Fremdenverkehr und dem Hotelgewerbe in Verbindung stehen. Zum andern Male zeigt dieses Schreiben der Mannheimer Handelskammer — das einen solchen Erfolg brachte — erneut die Notwendigkeit engerer Fühlungnahme des Hotelgewerbes mit den Handelskammern. Das Schreiben der Handelskammer hat folgenden Wortlaut:

„Nach einer amtlichen Veröffentlichung der Stadtgemeinde ist mit Wirkung vom 10. Juli eine Fremdensteuer in Kraft getreten, die, je nach dem Zimmerpreisen, zwischen 5 bis 20 Prozent

## Ein unbedeutendes Mißverständnis.

Von Peter Robinson, München.

Ob es überhaupt ein Mißverständnis auf Seiten des Prologisten gewesen ist? Ja, das ist noch die Frage. Doch man beliebe, es zu urteilen.

Es hingelte bei Professor Dr. Krusemann an der Wohnungstür, eine ganz ansehnliche Tür ist, denn die Wohnung befindet sich in einem sehr hohen Hause in einer feinen Gegend der Stadt. Krusemann war es nicht als unangenehm, für fünfzehnhundert Mark Jahresrenten zu wohnen, er ist nun außerordentlicher Professor — damals noch ein ganz unbedeutender geistlicher Arbeiter eines gewissen Wohlbehagens, welches jedoch nicht zu mähen. Auswärtigen haben die Dinge nicht immer so günstig verlaufen. Krusemanns haben jetzt ein Zimmer weiter unten, das ist etwas flüchtig, aber es bedeutet eine, wenn auch geringfügige finanzielle Erleichterung.

Es klingelte also, und weil die Frau Professor gerade in der Küche beschäftigt war — ein Dienstmädchen wird aus begreiflichen Gründen nicht mehr gehalten — machte Professor Krusemann sich auf. Eine Dame war da, eine ältere, behäbige Dame, von der er sich nicht mehr entsinnen konnte, aber die in den Augen fallender war. Ob sie in einer wichtigen Angelegenheit Herrn Professor Krusemanns — — —? Ah, sie hätte das Vergnügen, den Herrn Professor selbst — — — Oh, nur ein paar Augenblicke möchte sie

Professor Krusemann hat die Dame in sein Zimmer, lud sie ein, sich zu setzen, und zog, als er sich selbst setzte, eine Decke über sich, die sehr schön und bequem war. Er tat zwar dabei, als er sich nicht durch sie belästigt fühlte, aber er schien etwas nervös, denn er war gerade eben wieder einmal gerechnet, so ein bißchen die Einnahmen der Krusemanns übersehen, was ihm schließlich dazu geführt hatte, daß er sich nicht ganz zufriedenen und Enttäuschungen in sich schloß.

Die Dame hatte Papiere bei sich, die zu entfallen sie ihren rechten Namen abgab, worauf Krusemann zum Vorschein kam, vier oder fünf oder sechs — Professor Krusemann sah sie zwar an, aber er hatte kein Interesse an der Frau. Die Dame machte jetzt ein paar Schritte, um mit geschickten Lebenswärtigen Töne zu machen, die Herr Professor, deren Namen auf meiner Karte nicht aus dem Adressbuch zusammengefallen habe. Ich habe mich nämlich im Auftrag des Vereines zur Förderung der Wissenschaften zu unterziehen.

Professor Krusemann neigte das Haupt. Er zog die Decke fester um sich, schloß die Fenster, und etwas verlegen murmelte er: „Das ist mir sehr unangenehm, aber ich bin ein Mann, der nicht leicht zu beeindrucken ist.“

um so peinlicher, als dieselbe doch eine gewisse äußere Form der Lebenshaltung aufrecht erhalten werden muß.“

„Eine gewisse äußere Form der Lebenshaltung — o freilich, freilich!“ behauptete der Professor.

„Die so Betroffenen haben sich zunächst ja zu helfen gesucht, indem sie allerlei Veränderungen, oft recht liebe Bestrebungen — — —“

Professor Krusemann sahte an seine Uhr. — — —

„— — — aber das hat schließlich ein Ende. Und was dann? Ah, in jenen Kreisen sind die schlimmsten Entbehrungen zu finden. Dort ist zunächst einmal die Ernährung oft sehr unzureichend — — —“

Professor Krusemann nichts so heilig, daß seine magere Boden gegen die Kiefer schüttelten.

„— — — dann kommen die schweren Sorgen, wie Urfah für die immer mangelhafter werdende Kleidung beschafft werden soll.“

Professor Krusemann drückte die Decke noch fester um seine Hüften und zog seine mit zeretzten Hausschuhen beledenen Füße zurück.

„Nun und gut, Herr Professor, deshalb hoffe ich, nicht vernachlässigt gekommen zu sein, und erlaube mir — — — Damit hielt die Dame ihre Rede und einen Tintenflut zur Einschreibung einer namhaften Summe hin.“

Da redete sich Professor Krusemann, und entschlossen oder freundlich sprach er: „Ach danke Ihnen, gnädige Frau; ich danke Ihnen herzlich.“ Sie haben ganz recht; es sieht schlimm, und die Sorgen sind schwer und wollen einen oft sehr ganz erdrücken. Aber nein; ich habe noch dies und jenes zu verkaufen, ich habe sogar noch eine ganze Masse zu verkaufen. Und deshalb — — — nein, wirklich, gnädige Frau; ich kann keine Unterstützung von Ihrem Verein annehmen.“

Die Dame knaute ihre Rufe zusammen, stand mit rotem Kopf auf und ging davon. Professor Krusemann öffnete ihr mit gefälliger Verbeugung die Tür. Aber dann, als er die Tür wieder geschlossen hatte, schaute er ein bißchen merklich vor sich hin. Und eben dieses Schauen löst die Frage entstehen, ob es sich wirklich um ein Mißverständnis bei ihm gehandelt hat.

## Kunst und Wissen.

1) Heidelberg: Tagung der kath. Akademiker. Vom 1. bis 7. September tagt in Heidelberg der Verband der katholischen Akademiker Deutschlands. In Verbindung mit der Generalsammlung finden religiös-wissenschaftliche Vorträge statt. Am Sonntag den 3. September wird der Erzbischof von Freiburg voraussichtlich in Anwesenheit des apostolischen Nuntius Pacelli in der Heidelberger Katakomben eine Pontifikalmesse zelebrieren.

2) Badische Kunstwerke Karlsruhe. Morgen Sonntag wird in der Badischen Kunstwerke eine Ausstellung von Kunstwerken aus Karlsruhe eröffnet, die etwa 600 Stücke, Gemälde, Zeichnungen und Miniaturen alter und neuer Kunst umfaßt. Die Ausstellung der neueren Kunst, die die noch lebenden Künstler jedoch ausschließlich, beschäftigt vor allem die Bildniskunst.

3) Der verlorene Sohn. Aufführung bei den Volkstheatern auf dem Hohenort. Ein Werk des Bernhard Welck, bearbeitet von S. O. Osterburg. Der Dichter lebte etwa von 1490 (auch in Altdorf-Sachsen) bis 1536. Zuerst war er Zingelmeister, wurde Prätor in Altdorf, wo er zur lutherischen Lehre übertrat. 1544 wurde er Prätor in Altdorf (Sachsen). Und nun erst erlebte sein niederdeutscher dichterischer Sohn, ein Mysterienspiel, das sich auf das

Gleichnis vom verlorenen Sohn aufbaut, seine Ursprungsgestalt. Entstanden ist das Werk während der Mündigkeit des Dichters. Das Werk ist von Osterburg sehr geschickt in unsere Sprache übertragen, hat auch geschickt verstanden, die Unwichtigkeit der Ausdrucksformen des Mittelalters in der Neuzeitlichkeit zum Ausdruck zu bringen. Bei aller Vorsichtigkeit der Inszenierung als Freilichtspiel hat es in dieser Hinsicht Mängel; auf der Bühne wirkt das Werk zweifellos besser. Ob das Werk aber heute, unter wesentlich anderen Verhältnissen und Bedürfnissen als damals, als es entstanden ist, heute, bei wesentlich anderer Schmarbildung und weitergehenden Forderungen auch auf diesem Gebiete auf der Bühne sein Publikum finden wird, ist sehr die Frage. Regie und Aufführung selber verdienen hohe Anerkennung.

4) Festschrift zum Pfälzer Pressefest. Das Pressefest, das am 8. Oktober 1922 von dem Verband der Südwestdeutschen Presse im Reichsverband der Deutschen Presse, Landesvereine Pfalz und Baden und der Saarpresse veranstaltet wird, ist ein bestimmtes Bekenntnis zu deutscher Art und Kultur. Am gleichen Tage erscheint eine Festschrift, die durch die Mitarbeit hervorragender deutscher Schriftsteller, Wissenschaftler und Journalisten unter besonderer Berücksichtigung der rheinischen, badischen, schwäbischen, hessischen und pfälzischen Dichter (auch Mundart) in der Hauptsache einen Überblick über das geistige Schaffen am Rhein bietet. Professor Max Steegert hat sich bereit erklärt, das Titelblatt zu zeichnen. Zu Schmarzeichnungen, Kopfleisten usw. wurden namhafte bayerische und pfälzische Graphiker gewonnen. Der Reinerlös der beiden Veranstaltungen kommt bedingungslos, zum Teil größtenteils Schriftstellern und Schriftstellerinnen der Pfalz zugute, deren Not unter den ganz besonderen Verhältnissen der deutschen Wirtschaft bekannt ist. Bestellungen nimmt der Schriftleiter Paul Strüthmann, Landau (Pfalz) entgegen.

5) Verlegung Rindins nach Weimar. Der Ruffe M[...], Rindins ist an das Staatliche Bauhaus berufen worden. Welche Gründe zu seiner Verlegung geführt haben, darüber hat sich das Bauhaus bisher ausgesprochen. Zutreffend bemerkt hierzu der „Bellmer“: „Man fragt sich vergebens, was Rindins, dessen organische und nebulöse Farbenmystizismus, der in einem ruffischen Kultur-Tokuhobu nicht leicht am Platze ist, auf dem Boden einer durch Deutschlands klassische Kunst geedelten Stätte in besonderer Stellung zu suchen hat, aber noch vielmehr, was er, wenn er wirklich als Lehrer auftreten sollte, der herauswachsenden deutschen Regeneration zu geben hat. Rindins ist ein Volkswirt, d. h. Anarchist in Politik wie Kunst. Nachdem die Pöbelherrschaft drüber schaute auch die Führer an den Hunger bringt, flüchten sie. Doch Rindins dem drohenden Rückfall den Rücken lehrt, ist verständlich, aber daß das gesunde Deutschland noch Kult- und Heimstätten für Rindins hat, ist doch ein klägliches Schachspiel.“

6) Die Arbeiterkassette. Der Verband deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten strebt eine Veränderung der Arbeiterkassette von dreißig auf fünfzig Jahre an und hat sich deshalb im April d. J. an das Reichsjustizministerium mit der Anfrage gewandt, ob es nicht in Erwägung über eine Verlängerung einzutreten möchte. Dr. Rodbruch hat dem Verband einen abschließend Bescheid erteilt, in dem er darauf hinweist, daß die Schweiz, Dänemark und Schweden die dreißigjährige Frist haben. Mit dieser Antwort hat sich der Verband nicht zufriedengegeben und den Reichsjustizminister nochmals zum Eintritt in Erwägungen über die Verlängerung der Schutzfrist auf 50 Jahre eingeladen, indem er darauf

schonant. Für Ausländer verdoppelt sich die Abgabe, die nicht nur aus dem Zimmerpreis, sondern auch aus den Nebenleistungen, Beleuchtung, Heizung, Bedienung und Bad errechnet wird. Danach müßten die hiesigen Hotels ihre Rechnungen etwa in folgender Weise ausstellen: Zimmerpreis 90 Mark, Frühstück 30 Mark, zusammen 120 Mark, 20 Prozent Trinkgeldabgabe 24 Mark, Städtische Fremdensteuer 21.60 Mark, im Ganzen 165.60 Mark. Bei einem Ausländer würden dann 20 Prozent städtische Fremdensteuer 40 Prozent erhoben, so daß sich der Betrag von 165.60 auf 187.20 Mark erhöht. Die städtische Fremdensteuer ist in der Weise berechnet, daß zu dem Zimmerpreis erst 20 Prozent Bedienungsgeld zugeschlagen werden, und erst aus der sich dann ergebenden Summe wird die städt. Fremdensteuer errechnet. Hat ein Gast z. B. sich im allgemeinen Badzimmer noch ein Bad geben lassen, so erhöht sich der Betrag, aus dem die städtische Fremdensteuer errechnet wird, um 30 Mark für das Bad, 6 Mark Bedienung, daraus 20 Prozent = 7.20 Mark, für 36.60 Mark Fremdensteuer macht zusammen 43.20 Mark.

Die Rechnung würde für den betreffenden Gast dann folgendermaßen aussehen: ein Bad 30 Mark, Zimmer 90 Mark, Frühstück 30 Mark, zusammen 150 Mark, 20 Prozent städt. Fremdensteuer 28.80 Mark, 20 Prozent Trinkgeldabgabe 30 Mark, im Ganzen 208.80 Mark. Auf der Rechnung für den Ausländer würde dann 28.80 Mark städt. Fremdensteuer der doppelte Betrag mit 57.60 Mark zu stehen haben, so daß die Endsumme 237.60 Mark ergeben würde. Nimmt man aber, wie es einem Uebereinkommen innerhalb des hiesigen Hotelgewerbes entspricht, von Ausländern schon einen 100prozentigen Valutazuschlag auf den Zimmerpreis, dann würde die Rechnung für den Ausländer wie folgt aussehen: Zimmer 180 Mark, Frühstück 60 Mark, Bad 30 Mark, zusammen 270 Mark, 20 Prozent Trinkgeldabgabe 54 Mark, 40 Prozent städt. Fremdensteuer 108.00 Mark, im Ganzen 428.00 Mark.

Dieser Betrag ist nach dem heutigen Geldstand noch nicht einmal ein Dollar. Trotzdem gehen bei den Mannheimer Hoteliers bauernd Beschwerden ein, die sich gegen die Verdoppelung der städtischen Fremdensteuer richten. Unseres Wissens bestand die Verdoppelung der städtischen Fremdensteuer bis jetzt in keiner Stadt. Es wird uns berichtet, daß täglich viele Ausländer aus diesem Grunde die Mannheimer Hotels vornehmlich verlassen, um in den Nachbarstädten Aufenthalt zu nehmen. Besonders die mittleren Hotels leiden darunter außerordentlich, während die Häuser der Gruppe 3, die niedere Zimmerpreise einhalten können und deshalb auch von der städtischen Fremdensteuer nicht so hart betroffen werden, bis jetzt noch weniger die Wirkung der Steuer verspürt haben.

Was aber u. U. ganz ungerechtigt erscheint, ist der Umstand, daß die Steuer sich auch auf die Nebenleistungen und die Trinkgeldabgabe erstreckt. Wie wir aus den Beispielen gezeigt haben, wird gerade dadurch der Endbetrag der Rechnung außerordentlich in die Höhe geschraubt. Besonders wird dadurch, daß die städtische Fremdensteuer auch aus Bedienung und Nebenleistungen errechnet wird, auch der Unterschied zwischen den Preisen eines Hauses 2. und 3. Ranges vergrößert, so daß er für einmalige Zimmerbenützung schon an 30 bis 50 Mark heranreicht. Es hat also heute ein mittlerer Betrieb aus der Stadt, die er für Zimmermiete erhält, 20 Pfennig städtische Fremdensteuer, 10 Pfennig staatliche Umsatzsteuer, 2 Pfennig Umsatzsteuer aus der Fremdensteuer zu entrichten. Dazu kommen im Winter noch 5 bis 6 Pfennig für städtische Steuer aus der Heizung. Eine derartige Belastung mittlerer und kleiner Betriebe sieht einer Erdoberflächung bedenklich ähnlich. Bekannt ist die Wachstumsrate der ausländischen Preise über die Behandlung, die man den Ausländerreisenden in Deutschland angedeihen läßt. Es kann jeden Tag beobachtet werden, daß eine große Anzahl Geschäfts- und Vergnügungsreisender statt in Mannheim in den benachbarten Städten Darmstadt, Heidelberg, Karlsruhe, ja selbst in Schwetzingen und Neuchâtel Aufenthalt nehmen, um billiger leben zu können.

Wir wissen recht wohl, daß es nicht in erster Linie die Verdoppelung der städtischen Fremdensteuer und der unferes Erachtens verfehlte Ausgabenerhöhung ist, die die Ausländer Mannheim und Baden meiden läßt, sondern vielmehr der Erfolg des badischen Ministeriums des Innern vom 18. Mai 1922, der den Ausländern weiterhin neben einer beträchtlichen Aufenthaltsteuer eine Reihe von polizeilichen Bedingungen auferlegt. Umso mehr sollte die Stadt Mannheim Maßnahmen ergreifen, die die Wirkung der oben genannten Verfügung noch vermindern, denn der Schaden, der unmittelbar dem Hotelgewerbe, aber darüber hinaus in weit größerem Umfang dem deutschen Geschäftsleben zugefügt wird, ist viel größer, als die Erträge aus städtischen und staatlichen Ausländersteuern. Viele Firmen am Platz haben bereits die Erfahrung machen müssen, daß ihre auswärtigen Geschäftsfreunde weniger zahlungsfähig sind oder ihren Aufenthalt aus äußerster Notwendigkeit haben. Wie gestalten uns daher, an den Herrn Oberbürgermeister die Bitte zu richten, sich dafür einzusetzen, daß die städtische Fremdensteuer abgebaut oder aber in eine andere Form gefaßt wird, da sie in der jetzigen Form zu Agitationszwecken gegen Deutschland benutzt wird. Sie schadet so Deutschland mehr, als die nicht wesentlichen Erträge, die sie einbringt.

Somit die Eingabe der Mannheimer Handelskammer, die sehr zutreffend und sachlich alle Nachteile der hohen Fremden- und Ausländerbesteuerung ins rechte Licht setzt. Ist es an sich schon erfreulich, daß die Handelskammer in einer so ersten und wichtigen Frage mit dem Hotelgewerbe und den Fremdenverkehrs-Interessierten Hand in Hand arbeitet, so kann mit noch fröhlicherer Genehmigung konstatiert werden, daß der Schritt der Handelskammer einen vollen Erfolg gebracht hat. Dies geht aus dem nachfolgenden Schreiben des Herrn Oberbürgermeisters der Hauptstadt Mannheim hervor, das vom 27. Juli datiert ist:

Herrn, daß die Schweiz eines der schönsten Urbergselände habe, die es gibt, und daß Österreich die deutsche Gegend nachahme. Diejenigen Länder, die lieber am besten schünen, haben die Söhne der Schweiz, es sind dies Belgien und Frankreich. Spanien hat sogar 80 Jahre. Der Standpunkt, daß die Werke der Kunst dem Werke gehören und daß man diese Werke dem Volke möglichst schnell und möglichst billig zugänglich machen soll, ist nicht so ernst zu nehmen. Abgesehen davon, daß ein mangelhafter Schutz der Dichter und Künstler die Abwanderung in gefährlichere Gegenden zur Folge hat und die Kunst schwerer schädigt, ist zu berücksichtigen, daß das Volk aus der Freigabe des Urheberrechtes keinerlei Vorteile zieht. Nur der Unternehmer zieht Vorteile daraus, wenn das Werk gemeinfrei wird. Die Klasse der Dichter ist gerade die, die das Werk eines zeitgenössischen Dichters, und für eine Klaffervorstellung hat man im Theater ebensowohl zu bezahlen wie für die Aufführung eines Dichters der Jetztzeit. Es bleibt nun abzuwarten, ob das Ministerium seinen Standpunkt aufreißt oder den berechtigten Wünschen der geistigen Arbeiter zustimmt.

Die Vorbereitung zu großen Goethe-Festern in Amerika. Die literarische Beilage der „New York Evening Post“ enthält einen kurzen Artikel über Goethe und die in der ganzen Kulturwelt geplanten Feiern anlässlich des 100. Jahrestages seines Todes. Es wird darauf hingewiesen, welche Schwierigkeiten sogar ein Goethefest, das gegen die vom falschen Nationalismus erzeugte Unmilitarität in der Welt durchzuführen, seine Fortkämpfer werden erwähnt. Frau de Stael in Frankreich, Carlyle in England, Emerson in den Vereinigten Staaten, und dann heißt es: „Alles dies ist aber jetzt verändert. Goethe wird heute in der Familie gelesen, wo er vor 50 Jahren noch nicht in den öffentlichen Bibliotheken zu finden war. Bereits sind Pläne im Gange, den 100. Jahrestag seines Todes im Jahre 1922 mit derjenigen Würde zu feiern, welche der Bedeutung seiner Poesie an die Menschheit entspricht. Das wichtigste Werk, das hierzulande unternommen wird, ist eine Reihe von Studien, welche unter der allgemeinen Aufsicht der Modern Language Association, mit Professor Karl Schreier von Yale als Herausgeber, veröffentlicht werden. Professor Schreier hat mit seiner Ausgabe bereits begonnen. Zu seiner Verfügung wird die William A. Speer Sammlung von Goetheana stehen, die in der Yale Bibliothek untergebracht ist, ferner die offizielle Unterstützung der Modern Language Association, die persönliche Mitarbeit derjenigen Mitglieder der Association, welche sich in der Lage finden, Beiträge dorthin zu können, und die besten Wünsche aller gebildeten Männer und Frauen in den Vereinigten Staaten, was immer ihr Beruf sein mag.“

Auf Anregung der Handelskammer hier hat der Stadtrat am 27. d. Mts. beschlossen, vom 1. August 1922 ab von der Verdoppelung der Fremdensteuer für Personen, die im Reichsgebiet weder Wohnsitz noch dauernden Aufenthalt haben, insoweit abzusehen, als die Mannheimer Hotels und Gasthäuser nach dem derzeit geltenden Abkommen verfahren, wonach sie von solchen Personen einen Valutazuschlag von 100 Prozent erheben, der selbstredend wie das regelmäßige Entgelt für Zimmer oder Wohnung einschließlich der Nebenleistungen der Fremdensteuer unterliegt. Die Mannheimer Gaststätten müßten sich in schriftlicher Erklärung zu Händen des städtischen Steueramtes verpflichten, diesen Zuschlag beizubehalten bezw. dessen etwaigen Wegfall mindestens einen Monat vorher dem Steueramt anzuzeigen. Ich gebe anheim, diese Erklärung bis spätestens 3. August 1922 dem Steueramt zu lassen, worauf das letztere den vorerwähnten Stadtratsbeschluss in Vollzug setzen wird.“

Damit ist also die Doppelbesteuerung der Ausländer für Mannheim gefallen. Von ebenso großem Werte ist aber auch die in diesem oberbürgermeisterlichen Briefe enthaltene Anerkennung des Valutazuschlages, der von den Mannheimer Hotels gemäß eines Uebereinkommens erhoben wird.

**Aus der Sitzung des gemischten beschließenden Ausschusses vom 19. August 1922. Neue Gebührenrechnungen.**

Der Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerten erwachen durch die am 1. Juli und 1. August eingetretene Erhöhung der Beamtenebühne, durch Erhöhung der Arbeiterlöhne, ferner durch eine am 1. August eingetretene Kohlenpreiserhöhung von 519.90 Mark pro Tonne beim Wasserwert, 448.50 Mark beim Gaswert und 314.10 Mark beim Elektrizitätswert, sowie sonstige Materialpreiserhöhungen Mehraufwendungen von zusammen jährlich 123 Millionen Mark.

Zur Deckung dieses Mehraufwandes werden in Anwendung der vom Bürgerausschuß genehmigten Richtlinien die Wasser-, Gas- und Strompreise wie folgt festgesetzt: Wasser: für August/September Mittelgebühr 61 Prozen, Grund- und Rohrverbrauch 4 Mark, ab Oktober vorläufig 67 Prozen bezw. 4.40 Mark; Gas: für Juli/August 8.40 Mark, ab September vorläufig 9.20 Mark; Strom: für Juli/August Lichtstrom 21.30 Mark, Kraftstrom 13.70 Mark, C-Strom 7.40 Mark, ab September vorläufig 23.85 Mark, bezw. 15.30 Mark, bezw. 8.20 Mark.

Infolge der in neuerer Zeit eingetretenen Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie der Preissteigerung werden die nachstehenden Gebühren vom 1. August d. J. ab wie folgt erhöht: 1. Kanalgeld für die Abfalleneinführung von 15% auf 23% des Abfallwertes, ohne Abfalleneinführung von 11% auf 17% des Abfallwertes; 2. Müllabfuhrgebühr von 25% auf 45% des Abfallwertes; die Pauschalgebühr für Wohnungen bis 500 q jährlichen Mietzins von 25 auf 40 q jährlich; 3. Straßenreinigungsgeld von 22.5% auf 36% des Abfallwertes.

Auf der Straßenbahnlinie nach Sandhofen (17) wird mit folgender Wirkung die Teilstreckengrenze entzweit aufgehoben und die Teilstreckengrenze Kappis nach der Haltestelle Südb. Industrie verlegt, wodurch es den Bewohnern Sandhofens ermöglicht wird, für den Preis von 7 Teilstrecken die Friedrichstraße zu erreichen.

II. Eisenbahn und Kartoffelversorgung. Mit großer Sorge sehen, in Erinnerung an die Vorjahre, die Verbraucher der diesjährigen Kartoffelproduktion im Herbst entgegen. Wie der Telegraphen-Union von unterrichteter Seite dazu mitgeteilt wird, ist die Frage der Abförderung der Herbstkartoffeln unter Zuziehung der Erzeuger-, Händler- und Verbraucherorganisationen im Reichsverkehrsministerium und Reichsernährungsministerium bereits eingehend erörtert worden. Ein brauchbares Ergebnis wurde bisher jedoch nicht erzielt, weil noch kein festes Abhold vorhanden ist über die Kartoffelabfuhr und das voraussetzliche Ergebnis in den einzelnen Landesstellen und weil andererseits Kaufverträge vor Ende August kaum abgeschlossen werden. Die Eisenbahnbehörden wissen also zurzeit auch nicht anzuzeigen, welche Transportleistungen samst nach Wingen wie nach Verkehrsbeziehungen von ihnen verlangt werden. Die in Frage kommenden Organisationen werden voraussichtlich erst Anfang September nähere Unterlagen in dieser Hinsicht geben können. Es ist deshalb mit ihnen vereinbart worden, daß diese sofort eine Bestimmung fassende. Von Seiten der Reichsbahn werde selbstverständlich, so wird baldmöglichst erklärt, alles geschehen, um eine glatte Abwicklung des Herbstverkehrs, von dem die Kartoffeltransporte nur einen Teil ausmachen, zu erzielen. Doch wird gleichzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß sich Herbstkartoffeltransporte bei den geringen Kohlenbeständen der Reichsbahn kaum ganz ausführen lassen würden.

III. Eine zeitgemäße Rechnung. Der Badische Bauernverein schreibt: Wie der Kommunalverband Freiburg-Land bekannt gibt, kostet das Marktbrot ab 16. August 11.50 Mark die 750 Gramm und etwa die gleichen Preise werden im ganzen Land und Reich zur Geltung kommen. Die mit Beginn des neuen Getreidewirtschaftsjahres in Kraft tretende bedeutende Brotpreiserhöhung wird von einem großen Teil der konsumierenden Bevölkerung, wie nach den bisher gemachten Erfahrungen kaum anders zu erwarten war, wieder einmal dem Bauer in die Schuhe geschoben. Mit welchem Recht, zeigt der „Badische Bauer“ in seiner neuesten Nummer mit folgender Berechnung: 100 Kilo Wehl ergeben 100 Kilo Brot. Zu 100 Kilo Wehl werden 118 Kilo Getreide benötigt, aus welchen noch 14 Kilo Getreide gewonnen werden. Der diesjährige Umlagepreis beträgt

Genet Koalfe, der französische Historiker, Mitglied der franz. Akademie, ist gestorben im Alter von 80 Jahren.

Entdeckung zweier neuer Sonnen. Zwei neue Sonnen, die 32 Trillionen Meilen von der Erde entfernt sind, wurden von dem Direktor des Observatoriums zu Vancouver in British-Columbia, Dr. J. S. McLeod, entdeckt. Die Sonnen wurden mit dem 72-jährigen Keilenspektroskop des Observatoriums gefunden. Nach Messungen begannen die Lichtstrahlen von diesen Sonnen, die uns ihre Erleuchtung entziehen, ihre Reise zu unserem Planeten vor mehr als 5000 Jahren. Die Sonnen drehen sich umeinander. Eine von ihnen, die massivere, soll 75 mal so groß sein wie unsere Sonne und 12 000 mal so hell.

**So wars nig gemeent.**

Der Schaffner freischt mit schmerzigen Bild: „Des geht doch mich nig an!“ „Dann geht er halt efnisch do ne(n)!“ „Der hoch so newe dran!“

Arg hödlich is des nig grad gewest. — Die Frau war so schun alt — Der Schaffner schreit zum Wache man, Weil grad der Zug mächt halt.

Die Leut, die schreie aus ein ein) Mit ihre schmerz Kalte. Die Bauretraa, die schreit sich ein) In sellem engen Kaste.

Der Schaffner rennt drauß hie(n) un her Un schennt mit eme Su. Dann geht er an die Wache hie(n) Un darbt die Läre zu.

Dann heißt er: „Herzrig!“ mit re Schtimm Als wie der Drache Fömer. Do freischt die Frau zum Fenster man: „Re(n), noch nig ganz, Herr Schaffner!“

Sullus Ringer.

für Weizen 740 Mark, für Roggen 690 Mark, im Mittel also 715 Mark, mithin 843,70 für 118 Kilo Brotgetreide. Die anfallende Abgabe nach der Landwirt zu Buttergewinn zurückzuführen zu einem Preis von hoffentlich nicht über 400 Mark ab Verteilungslager, so daß für 14 Kilo Mehl 55 Mark in Anlag zu bringen sind. Der Anteil des Landwirts am Gesamtpreis von 135 Kilo beträgt demnach 843,70 minus 50 gleich 793,70 Mark minus 16,56 (2% Warenumschlagsteuer von 843,70 Mark) gleich 777,14 Mark, während 135 Kilo Markenbrot heute allerorts 2069,55 Mark kosten.

P.A. Vorladung Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener durch die Versorgungsbehörden. Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, die vom Versorgungsamt oder Hauptversorgungsamt um Unterstützung, Beobachtung oder zur Erörterung gestellter Anträge vorgeladen werden, erhalten die Reisekosten und sonstigen Anlagen erkaufen und außerdem in angemessenem Umfang Urlaub für nachweisbar entgangenen Arbeitsverdienst. Um die sofortige Erstattung zu ermöglichen, sind Bescheinigungen des Arbeitgebers über die Höhe des entgangenen Arbeitsverdienstes und Belage über sonstige Ausgaben mitzubringen. An der Bescheinigung des Arbeitgebers über die Höhe des entgangenen Arbeitsverdienstes muß angegeben werden, welcher Betrag von ihm als Steuerabzug einbehalten sein würde, da die Versorgungsbehörden diesen Betrag nicht zu erheben haben; fehlt die entsprechende Angabe, so wird der Arbeitsverdienst um 10 v. H. gekürzt. Wer Wert darauf legt, daß die ihm zustehenden Beträge gleich bei der Unternehmung bezahlt werden, verleihe sich schon vorher mit den erwähnten Belegen.

Sonderzug nach München — Touristenzüge in den Schwarzwald. Am 4. September abends geht von hier ein Sonderzug nach München, die Rückfahrt erfolgt am Abend des 8. September ab München, Ankunft Mannheim 9. September morgens. Der Fahrpreis beträgt für Hin- und Rückfahrt 160 Mark. Bei rechtzeitiger Anmeldung (vom 24. bis 28. August) kann für billige Privatquartiere gesorgt werden. — Die nächsten der vom Verkehrsverein veranstalteten Touristenzüge verkehren wie folgt: 3. September nach Freiburg, 10. September nach Konstanz, 17. September nach Trieb. Anmeldungen beim Verkehrsverein.

**Marktbericht.**

Die Wochenmärkte sind von den verschiedensten Vorgängen innerhalb der landwirtschaftlichen Bevölkerung abhängig. Trug man sich schon das regnerische Wetter sehr dazu bei, von einem Beharren der Märkte abzusehen, so ist dies um so mehr der Fall, wenn gewisse landliche Feiertage bevorstehen. Der heutige Sonntagmarkt ist so unter der drohenden „Kerwe“ in einigen Dörfern der Umgebung Heidelbergs, wie Kirchheim, Weiblingen, Heilbrunn, Bommertal und andere. Kirchheim genügt die angeführten Mengen, um den dringlichsten Bedarf der Hausfrauen zu decken. Umso mehr, als auch das Einkommen auf den Winter für manchen Dingen schon nachgelassen hat. So hielt sich der Preis für Bohnen auf 7 Mark, obwohl die Zufuhr gerade in diesem Marktarbeit sehr knapp war. Kartoffeln kosteten 4,50 und 5 Mark. Eier und Butter werden von der Marktcommission nicht angesetzt. Man darf sie deshalb mit Freigabe und Recht zu den Auktionsstellen zählen, deren Entscheidung zwar manchmal unliebsam empfunden wird, sonst aber rechtlich ist. Es kommt hinzu, daß die geübten Preise auch beim Ehen einen unliebsamen Geschmack hinterlassen, der dem Appetit nicht gerade dienlich ist.

Heute vormittag hatten sich auf dem hiesigen Wochenmarkt Vertreter der Preisprüfungscommission Heidelberg eingefunden, um sich von der Marktlage am hiesigen Platz zu überzeugen. Es wurde dabei festgestellt, daß sich die Marktpreise in Heidelberg ungefähr im selben Rahmen wie in Mannheim halten. Jetzt ist nur noch zu wünschen, daß die einmal hergestellte Fällung zwischen den drei Hauptverbraucherstädten Heidelberg und der Wehl, Kirchheim, Heidelberg und Ludwigshafen, weiter gepflegt wird. Gelingt es hier, eine einheitliche Preisfestsetzung durchzuführen und dadurch gewissermaßen die Preisuntergrenze dieser Städte einträchtig zu regeln, so dürfte man sich von einer solchen Zusammenkunft ein günstiges Resultat bei dem Bestreben, die Preise zu senken, versprechen.

**Kommunale Chronik.**

III. Heidelberg, 17. Aug. Der Müllgas-Fahrpreis auf der Straßenbahn beträgt nun in Heidelberg 6 Mark, während man in Mannheim und Karlsruhe in den nächsten Tagen schon 1 Mark bezahlt.

IV. Neustadt a. d. S., 17. Aug. In heutiger Stadtsitzung wurde teilte Bürgermeister Dr. Vorhuber zunächst mit dem Abdruck der Gemeindefragen bei dem Vorgesprochenen, daß wegen Beschaffung größerer Räume für die Ortstrankenkasse. Es wurde dabei herausgestellt, daß seitens der Stadt nichts veranlaßt worden sei, es hätte also der in einer Versammlung ausgesprochenen Drohung mit Demonstrationen nicht bedurft. Das Bauprogramm für 1922 wird auf 22 Wohnungen anstatt der geplanten 40 reduziert. Auf eine Beschwerde der Gemeindefraktion wird beschlossen, daß die Händler auf dem Wochenmarkt nicht vor 10 Uhr Waren kaufen dürfen. Das Schulgeld für die höhere Lehrerschule wird für die unteren Klassen von 600 auf 750 Mark erhöht. Die Trankendauererhöhung werden festgesetzt auf 240 Mark in der ersten Klasse, 100 in der zweiten Klasse und 120 Mark in der dritten Klasse. Auch die Gebühren für Gebühren und Wohngebühren werden gesteuert. Gegen Angriffe der wegen Verachtung von Grundbesitzern gegen Bürgermeister Reubauer gerichtet worden sind, verteidigt sich dieser. Es handelt sich um Gelände das für Unterobersterbauamt bestimmt ist, vorläufig aber noch nicht verwendet wird. Dieses ist nun nicht an die Besitzer, sondern anderweitig verpachtet worden. Bürgermeister Reubauer stellte die Vertrauensfrage, die von der sozialdemokratischen Fraktion, dem Zentrum und den Demokraten bejaht wurde, während die Fraktion der Deutschen Volkspartei erst die nähere Untersuchung der Angelegenheit vor dem Freibausch abwarten will und die kommunalpolitische Fraktion das Vertrauensvotum ablehnte, weil sie von dem Bürgermeister „Schmot“ nichts wissen wollte. Das Spritzenhaus am Stadthaus ist derzeit baufällig, doch es sofort abgerissen werden muß. Eine Reparatur würde 500 000 Mark, ein Neubau 2 1/2 Millionen Mark kosten. Der Stadtrat beschloß die Niederlegung des Gedäudes und die Errichtung eines Neubaus. Der Voranschlag der Armenpflege beläuft sich auf 1 1/2 Millionen Mark, derjenige des Wasserversorgens auf 985 000 Mark. Der städtische Zuschuß ist 930 000 und 371 000 Mark. Für eine Zentralabwässerung im südlichen Stadtteil sind 325 000 Mark bewilligt. Städtische Stadträte erhalten das Amt eines Ehrenbürgers (Schöffe). Zum Schluß sei noch bemerkt, daß der Austritt der Stadträte Reubauer und Gehardt wegen der oben erwähnten Angelegenheit Reubauer erfolgt ist. Die Sache wird in einem Schlichtungsausschuß behandelt und voraussichtlich beigelegt werden, wie Herr Bürgermeister Dr. Vorhuber ankündigte.

Frankfurt a. M., 17. Aug. Bekanntlich war während der Stadtordeanfertigung die überlebende große Markgräfin Kaiser Wilhelms I. aus dem Stadtordeanfertigungsausschuß entfernt worden und hat im Kaiserhof an benutziger Stelle Aufnahme gefunden. Diese Aufnahme begegnete in weiten Kreisen scharfer Kritik und war nun am Dienstag in der Sitzung der ordentlichen Versammlung der Gegenland einer den selbigen Aussprüche. Die deutschnationale Volkspartei hatte den Antrag auf Zurückverbringung der Waise an den alten Platz gestellt. Der Antrag wurde gegen die Stimmen vieler Fraktionen der Stadt, alle anderen Parteien hielten die Aufnahme, nachdem der Stadtordeanfertigungsausschuß die Gründe darlegt hatte, gut. Die Waise soll an ihrem alten Platz schon wiederholt beschäftigt worden sein.

Gewinn Zähne, reiner Mund durch:

# Albin

Hydrozon-Zahnpasta.

In allen Apotheken und Drogerien erhältlich.

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Die Börsenwoche.

Der allgemeine Umwertungsprozess, in dessen Zeichen Deutschland im Zusammenhange mit dem neuen Marktsturz...

Dollarkurs 1275 Mark.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt a/M., 19. Aug. (Draht.) Die feste Haltung des Dollars, die eigentlich schon in den gestrigen Abendstunden eingesetzt hatte...

Devisenmarkt

Frankfurter Devisen.

Frankfurt a. M., 19. August. Im heutigen privaten Vorbörsenverkehr zeigte sich bei mäßiger Geschäftstätigkeit eine ziemlich feste Stimmung...

Table with columns: Antlos, Gold, Brief, 18 August, 17 August. Lists various currencies and their exchange rates.

Frankfurter Notenkurs

Table with columns: Geld, Brief, 18 August, 17 August. Lists bank notes and their exchange rates.

Tendenz: fest.

Berlin, 19. Aug. (Draht.) Die Devisen wurden im Vormittagsverkehr etwas unter der Parität des New Yorker Marktkurses gehandelt...

Neue Wege im russischen Außenhandel scheinen die Sowjetmacht haben jetzt einschlagen zu wollen. Die kürzlich stattgehabte altrussische Außenhandelskonferenz...

Notleidende Türkenspons. Die am 1. September 1922 fälligen Zinsscheine der 4% türkischen Anleihe von 1905...

Diskontermäßigung in der Schweiz. Die Schweizerische Nationalbank hat den Lombardzinsfuß von 4% auf 3%...

Brown, Boveri & Co. A.-G. in Mannheim. Wie die Gesellschaft mittelt, wird sie auch für dieses Jahr keine Dividenden zur Verteilung bringen...

Kühlerfabrik Längerer und Reich A.-G. in Stuttgart. Die neugegründete Gesellschaft verfügt über ein Grundkapital von 5 Millionen M...

Marx & Goldschmidt MANNHEIM, C 2, 23

Telegramm-Adresse: Margold. Telefon Nr. 56, 8302-06, 8794, 8934, 9120.

Konto-Korrent - Scheckverkehr Effekten Sorten Depositen Devisen Coupons

Ausländische Banknoten

Table with columns: Wir sind freibleibend, Käufer %, Verkäufer %, Wir sind freibleibend, Käufer %, Verkäufer %. Lists various banknotes and their market status.

Reichsbankausweis vom 15. August.

Table with columns: Vermögen (in 1000 Mark), Verbindlichkeiten. Lists assets and liabilities of the Reichsbank.

Wir sind jederzeit Käufer bzw. Verkäufer von jungen, an der Börse noch nicht eingeführten Aktien.

Für die Reise!

Die Nachsendung des „Mannheimer General-Anzeigers“

während der Reisezeit kann nach jedem gewünschten Aufenthaltsort unter Kreuzband erfolgen.

Bestellungen sind nur schriftlich an die Geschäftsstelle E 6, 2 zu machen.

Zur Vermeidung der Porto- und Einzugskosten bitten wir die Gebühren für den Versand im voraus zu entrichten.

Mannheimer General-Anzeiger.









